

## "Der neue Geheimdienst: Notwendig für die Demokratie und zum Schutz der Personen"

Edgar Gutiérrez war in den letzten Jahren einer der schärfsten linken

Kritiker der militärischen und paramilitärischen Geheimdienste. In seinen Artikeln deckte er immer wieder die Verwicklung hoher Militärs in Korruptionsfälle und Politik auf. Er nahm kein Blatt vor den Mund, wenn es darum ging, die Verantwortlichen für Massaker und Menschenrechtsverletzungen zu nennen. Noch während dessen Wahlkampf hielt er mit Kritik an Alfonso Portillo und seiner Partei, der *Republikanischen Front Guatemalas* (FRG), nicht zurück.

Heute ist Gutiérrez Leiter des präsidialen *Sekretariats für strategische Analysen* (SAE), des zivilen Geheimdienstes. Der Schritt vom kritischen Journalisten zum Regierungsmitglied stiess bei einigen VertreterInnen der Linken und der Menschenrechtsorganisationen und zum Teil auch in der Solidaritätsbewegung auf Unverständnis.

Seine erste Aufgabe als Leiter des SAE ist es, diese Institution so zu reorganisieren, dass sie tatsächlich einen zivilen Charakter hat und unabhängig vom militärischen Geheimdienst funktioniert. Die folgende Rede hielt Edgar Gutiérrez vor der *Vereinigung für einen Staat und die Förderung der demokratischen Sicherheit*. Sie erschien am 24. April in der Tageszeitung *El Periódico*.

Die Frage nach einer Kontrolle der Geheimdienste ist nur eine von mehreren Komponenten der dringend notwendigen Restrukturierung dieser Apparate. Aber sie muss ein wichtiger Bestandteil innerhalb eines neuen Geheimdienst-Konzeptes in demokratischen Zeiten sein. Die Garantie und Gewährleistung dieser Kontrolle ist ein wichtiger Indikator für den 'Gesundheitszustand' der Demokratie in unserem Land.

Um das Thema in einen Kontext zu stellen, werde ich grob den Vorschlag skizzieren, den Präsident Portillo zur künftigen Rolle des Staates gegenüber der Zivilgesellschaft gemacht hat. Zentraler Punkt dabei ist, neue Beziehungsformen in Politik und Wirtschaft zu entwickeln, die die Mängel der wirtschaftlichen Elite und die verbreitete Klügelwirtschaft ersetzen.

Es geht darum, einen demokratischen Rechtsstaat aufzubauen, der nach klaren und gültigen Regeln und Normen funktioniert. Grundlagen dafür sind das Prinzip der Gleichheit vor dem Gesetz und die Anerkennung der kulturellen Vielfalt. Das Ziel ist, ein für alle Mal die verdeckt funktionierenden Mächte auszuschalten und mit wirksamen Massnahmen Übertretungen dieser Regeln und Normen sanktionieren zu können.

Im Bereich Wirtschaft ist vorgesehen, den Markt anzukurbeln, indem der Staat Regulierungsmassnahmen festlegt. Dabei soll die Wettbewerbschance für alle Unternehmen gleich sein sowie der Schutz der KonsumentInnen und die soziale Mobilität gewährleistet sein. Wir sind überzeugt, dass es heute für die Armutsbekämpfung keine andere Wahl gibt, als die ständischen Strukturen unserer Gesellschaft aufzulösen.

Mit andern Worten, wir wollen den sozialen Zusammenhalt stärken, um den unumgänglichen neoliberalen Herausforderungen des neuen Jahrtausends entgegenzutreten zu können. Ebenso wollen wir die düsteren und brutalen Auswirkungen mildern, die der Neoliberalismus auf geplünderte Gesellschaften wie die unsere hat. Ich beziehe mich dabei auf das enorme Risiko einer Verschlimmerung der Misere, der Margination, der Gewalt, und des Zerfallens demokratischer Werte.

In der Politik ist eine umgekehrte Richtung einzuschlagen. Es soll nicht der Staat sein, der die Zivilgesellschaft lenkt, sondern die Zivilgesellschaft (inklusive Parteien und Presse) muss die staatlichen Aktivitäten regeln und lenken. Dies beinhaltet die Schaffung von Kontroll- und Überwachungsmechanismen, vorrangig für die Bereiche Korruption, Meinungsfreiheit und Einhaltung der Friedensabkommen.

Es soll also die zivilgesellschaftliche Beteiligung gefördert werden. Die staatlichen Institutionen sollen so erweitert und gestärkt werden, dass politische Entscheidungen gemeinsam diskutiert und Kompromisse ausgehandelt werden können und nicht, wie bisher, über die Köpfe der Zivilgesellschaft hinweg entschieden wird. Nur so können Staat und Zivilgesellschaft gemeinsam am Aufbau und der Stärkung einer Demokratie arbeiten, die eine nachhaltige Entwicklung anstrebt.

Soweit also der Vorschlag von Präsident Portillo. Wir, das *Sekretariat für strategische Analysen* (SAE), verpflichten uns diesem voll und ganz, und unter diesen Prämissen gehen wir die Reform der guatemalteki-schen Geheimdienste an.

Die Transformation der Geheimdienste soll zur Behebung gewisser Schwächen beizutragen, die durch die politischen Veränderungen in Guatemala ans Tageslicht gekommen sind und durch die Friedensabkommen offengelegt wurden. Die Aufrechterhaltung der herkömmlichen Geheimdienste war ein Fehler der bisherigen demokratischen Entwicklung. Es ist ein übler Nachgeschmack des Autoritarismus und ein Damoklesschwert, das über der psychischen und physischen Integrität und dem Wohlbefinden der BewohnerInnen dieses Landes hängt.

Wir gehen von folgender Feststellung aus: Die Geheimdienste in Guatemala befinden sich in einer sozialen und politischen Legitimationskrise. Das alte Konzept der nationalen Sicherheit, das während des Kalten Krieges die Strukturen und Aktionsfelder der Geheimdienste bestimmt hatte, ist innerhalb einer Demokratie nicht mehr gültig. Es verlangsamt und behindert den Transformationsprozess nicht nur, sondern verunmöglicht die Verfolgung von Verbrechen und Straflosigkeit.

Diese Krise innerhalb der Geheimdienste kann nur überwunden werden durch seine umfängliche Restrukturierung. Einer solchen Restrukturierung muss eine Geheimdienst zu Grunde liegen, der im Interesse eines demokratischen Staates und zum Schutze der Bevölkerung konzipiert ist. So legt es auch die guatemaltekeische Verfassung fest.

Um ein solches Konzept zu gewährleisten, müssen drei verschiedene Geheimdienste geschaffen werden:

Der militärische Geheimdienst, dessen Aufgabe es ist, die territoriale Integrität und die Verteidigung nach aussen zu garantieren.

Der zivile Geheimdienst, der dem Innenministerium unterstellt ist und zur Aufgabe hat, das organisierte Verbrechen und den Drogenhandel zu bekämpfen.

Der strategische Geheimdienst, dessen Aufgabe es ist, die durch die Globalisierung auf das Land zukommenden Gefahren zu analysieren. Deshalb ist der strategische Geheimdienst - und es ist ganz wichtig, dies nochmals zu betonen - nicht berechtigt, eigene Informationskanäle, das heisst eigene offene oder verdeckte AgentInnen zu haben.

Die beste Art, die Betätigungsfelder der verschiedenen Geheimdienste zu definieren, ist über die Gefahren,

denen jeder von ihnen zu begegnen hat. In diesem Sinne ist die Aufgabe des militärischen Geheimdienstes, das Land gegen bewaffnete Angriffe von aussen zu schützen. Der zivile Geheimdienst muss sich um die Probleme der Kriminalität kümmern und der strategische Geheimdienst muss längerfristige Politiken und Strategien erarbeiten, die die soziale Ungleichheit, die Ausbeutung von ökologischen Ressourcen, die Probleme der Migration, das Erziehungs- und Gesundheitswesen, das Finanzwesen, die Existenz von Monopolen etc. im Zentrum haben. Das heisst, all jene Faktoren und Institutionen, die einen Einfluss auf die Beständigkeit eines demokratischen Systems haben. Und zwar nicht nur für die Dauer einer bestimmten Regierungsperiode, sondern längerfristig, über mehrere Generationen hinweg. Dazu muss ein strategischer Entwicklungsplan erstellt werden, der mindestens die nächsten zwanzig Jahre umfasst.

Gleichzeitig mit der Diskussion um das Konzept der neuen Geheimdienste und deren Aufgabenbereiche (in dem vor allem aufgezählt wird, wozu sie nicht berechtigt sind) müssen Kontrollmechanismen erstellt werden. Das Kontrollsystem muss unserer Ansicht nach auf drei Eckpfeilern beruhen:

Der Zivilgesellschaft und deren Informations- und Petitionsrecht.

Der Politik, durch die Gründung einer Parlamentskommission, deren Aufgabe die Überwachung der Geheimdienste, ihrer Budgets und Jahresplanung ist. Diese soll auch Sanktion ergreifen, wenn Normen nicht eingehalten werden.

Der Justiz, um die rechtliche Verfolgung zu garantieren. Bei der Justiz liegt auch die Verantwortung, die BürgerInnen über Akten zu informieren, die der Staat möglicherweise über sie angelegt hat.

Um die Arbeit dieser drei Kontrollinstanzen zu ermöglichen, muss in der Verfassung der Begriff 'Staatsgeheimnis' neu definiert werden. Es muss definiert werden, was ein Staatsgeheimnis ist und welche verschiedenen Stufen von Staatsgeheimnissen es gibt, wer bestimmt, was ein Staatsgeheimnis ist und für wie lange etwas ein Staatsgeheimnis bleibt. Weiter muss definiert werden, wo die Grenzen liegen zwischen einem militärischen und einem diplomatischen Staatsgeheimnis. Bei all diesen Über-

legungen muss die Einhaltung der Menschenrechte, des Rechts auf freie Meinungsäußerung, des Rechts auf Intimität und des Rechts auf Mobilität sowie anderer nationaler und internationaler Konventionen gewährleistet sein.

Ich möchte zum Schluss noch die fünf Prinzipien aufzählen, die die SAE vorschlägt - und nach denen sie sich richtet - um die Geheimdienste für das Funktionieren in einem demokratischen Staat zu reorganisieren. Diese Prinzipien sind: Menschenrechte, Legalität, Transparenz, Zivilität, Institutionalisierung.

Dies bedeutet, dass die uneingeschränkte Einhaltung der Menschenrechte der Rahmen aller Aktivitäten der SAE ist. Die Aktivitäten der SAE, ihre Planung, Ausführung und die Information darüber, finden auf den Grundlagen nationaler und internationaler rechtlicher Ordnung statt. Ausführliche und umfassende Information über die Aktivitäten der SAE, sowie die Herkunft der Informationen, sollen der Öffentlichkeit in klarer Form zugänglich sein.

Es soll Transparenz gewährleistet sein beim Gebrauch, der Herkunft und der Veröffentlichung jeglicher Art von Information und Geheimdiensttätigkeit.

Mit Zivilität ist gemeint, dass alle Menschen, die mit der SAE zusammenarbeiten, Zivilpersonen sind, mit Ausnahme derjenigen Gebiete, die wegen ihrer Spezifik Militärspezialisten voraussetzen.

Das Prinzip der Institutionalität heisst, dass die SAE ihre Aktionen, Aktivitäten, Ressourcen, Vorgehensweisen und Informationen nicht dem Interesse von Einzelpersonen oder Gruppierungen unterordnet. Die Kriterien für Personalauswahl und Vorgehensweise innerhalb der SAE richtet sich nach denselben Prinzipien, die wir auch für das Funktionieren aller nationalen Geheimdienste vorschlagen.

## Finanzpakt unterschrieben

**Guatemala, 27. Mai.** VertreterInnen von mehr als hundert Institutionen und Organisationen, darunter die Regierung, Gewerkschaften, Mayaorganisationen, Universitäten, Nichtregierungsorganisationen u.a., haben den während neunzehn Monaten ausgehandelten Finanzpakt unterschrieben.

Die Ausarbeitung eines Finanzabkommens war eine der Forderungen der Friedensabkommen. Mit der Unterzeichnung dieses Dokumentes wurden die Grundlagen gelegt, auf deren die Regierung die Stabilisierung der Staatseinkünfte und der öffentlichen Ausgaben aufbauen soll. Die beiden Hauptziele sind die Konsolidierung des Bruttosozialprodukts und die Erhöhung der Steuereinnahmen. Ausstehend sind noch die Erarbeitung einiger konkreter Massnahmen und deren gesetzliche Verankerung.

Arnoldo Noriega, Koordinator der *Begleitkommission der Friedensabkommen* und ebenfalls Koordinator der Vorarbeiten des Finanzabkommens, erinnerte die Regierung anlässlich der Unterzeichnung des Paktes an ihre moralische Verpflichtung. Die Einführung die-

ses Abkommens könne der Anstoss dazu sein, dass die guatemaltekische Wirtschaft einen grossen Schritt nach vorne mache, meinte Noriega.

Die einzige, die die breite Zufriedenheit über den Finanzpakt nicht teilte und sich dessen Unterzeichnung enthielt, war die *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN). Laut Héctor Cifuentes, Kongressabgeordneter der PAN, ist die Partei nicht grundsätzlich gegen die Unterzeichnung eines solchen Abkommens, es stört sie jedoch, dass ihre Vorschläge nicht darin aufgenommen wurden. Die Bevölkerung wolle wissen, ob und wieviel nun die Steuern erhöht würden. Seiner Meinung nach müsse es darum gehen, mit der Bevölkerung auszuhandeln, wieviel mehr Steuern sie zu zahlen bereit sei. Im Schlusstext des Finanzpaktes seien aber solche Fragen nicht beantwortet, sondern nur grundsätzliche Prinzipien festgehalten worden. Cifuentes befürchtet nun, wenn sie einmal JA gesagt hätten, würden sie nicht mehr gefragt, wenn es um die Detailfragen der Umsetzung gehe.

Zur Frage der Steuererhöhung präsen- tierte das Finanzministerium acht

Vorschläge. Anstelle einer direkten Erhöhung der Mehrwertsteuer schlägt das Ministerium einige Änderungen am Mehrwertsteuer- und am Einkommenssteuergesetz vor. Ausserdem soll eine sog. 'Friedenssicherungssteuer' eingeführt werden. Weiter soll es den staatlichen Institutionen verboten sein, ihre Gelder auf Privatbanken zu deponieren.

Wenige Tage später wurde ein Kommission ernannt, mit der Aufgabe, die Durch- und Umsetzung des Finanzabkommens bis Ende Juni zu begleiten und abzuschliessen. Dieser Kommission gehören VertreterInnen der Begleitkommission der Friedensabkommen, des Finanzministeriums, der Steuerbehörden, der Zivilgesellschaft und der Privatwirtschaft an.

Das Thema der Mehrwertsteuererhöhung ist offenbar nach wie vor ein Thema innerhalb dieser Kommission: Während Arnoldo Noriega verkündete, die sozialen Sektoren hätten zu einer Erhöhung der MwSt eingeschwenkt, sprachen sich nebst der PAN auch die ANN und die *Gruppe gegenseitiger Hilfe* (GAM) vehement dagegen aus.

## Die PAN vor dem Kollaps

**Guatemala, 7. Juni.** Fünf Monate nach der Wahlniederlage traten sechzehn Kongressabgeordnete und mehrere führende Mitglieder der Partei des *Na-*

*tionalen Fortschritts* (PAN), darunter auch einige Gründungsmitglieder, aus der Partei aus und erklärten sich als 'unabhängig'. Begründet wurde der Schritt damit, dass der Generalsekretär der PAN, Leonel López Rodas "anmassend" und die Zusammenarbeit mit ihm "unerträglich" sei. Weiter wurde ihm vorgeworfen, er arbeite mit der FRG zusammen, indem er z.B. den Vorstoss Ríos Montt's unterstütze, damit dieser wiedergewählt werden könne.

Die PAN war bisher mit 37 Sitzen im Kogress vertreten, besetzt mehr als hundert BürgermeisterInnenämter und hat eine Basis von rund 30 Tausend Mitgliedern.

Zu den zurückgetretenen Kongressmitgliedern gehören Anabella de León, Alfredo Guzmán, Mariano Rayo, Héctor Cifuentes, Angel Mario Salazar u.a. Alle sechzehn sind Gefolgsleute des Ex-Präsidenten Alvaro Arzú.

In einem Interview mit der Tageszeitung *Siglo XXI* gab López Rodas zu, dass es schon seit sechs Jahren eine Spaltung innerhalb der Partei gebe. Zugespitzt habe sich das Problem im Dezember 1999, als er zum Generalsekretär gewählt wurde und Rodolfo Mendoza, der Kandidat der 'Strömung Arzú' abge-

lehnt wurde. Weiter zeigte sich López Rodas erleichtert darüber, dass die im Zusammenhang mit der Wahlniederlage der PAN stark kritisierten Parteimitglieder aus der Partei ausgetreten sind.

Für Anabella de León, die Anführerin der 'dissidenten' Kongressabgeordneten, haben die Probleme erst mit der Wahl López Rodas' zum Generalsekretär begonnen. Es sei eine korrupte Wahl gewesen, López Rodas habe seine Stimmen zusammengekauft. Weiter wies de León sämtliche Darstellungen zurück, sie würden jetzt mit der FRG gemeinsame Sache machen, wie das offenbar Ríos Montt verkündet hatte.

Im Namen der zurückgetretenen Kongressabgeordneten liess sie den Rücktritt vom Einwohneramt amtliche bestätigen, erklärte die Gründung der unabhängigen *Unionisten* und veranlasste, dass die Gruppierung ihre eigenen Büros und administratives Personal im Kongress bekommt.

Weitere drei Kongressabgeordnete der PAN überlegen, ob auch sie sich den *Unionisten* anschliessen. Würden sie dies tun, hätte diese Gruppierung mehr Sitze als die PAN und würde somit zur stärksten Oppositions-'Partei' im Kongress.

### ¡Fijáte!

**Herausgeber:**  
**Verein ¡Fijáte!**  
**2502 Biel**  
**PC: 30-516068-6**  
**Redaktion und Abos:**  
**¡Fijáte!**  
**c/o Barbara Müller**  
**Ankerstrasse 16**  
**8004 Zürich**  
**Tel. 01/ 241 44 43**  
**E-Mail:**  
**barbara-m@bluewin.ch**  
**Jahresabo: 100.- Fr.**  
**Auslandabo: 120.- Fr.**  
**Förderabo: ab 200.- Fr.**

**Erscheinungsweise**  
**vierzehn-**  
**tätiglich.**

**Nachdruck mit Quellenan-**  
**gabe erwünscht.**

## Minugua: Zuwenig Interesse an der Lösung der Landfrage

**Guatemala, 12. Juni.** In ihrem Bericht 'Zur Situation der Friedensabkommen bezüglich der Landfrage' hält die UNO-Kommission MINUGUA die sozialen und juristischen Aspekte fest, die die Umsetzung der die Landfrage betreffenden Abkommen verhindern. Sie kommt zum Schluss, dass es in erster Linie der fehlende politische Wille der Regierung ist, der ein Vorankommen blockiert: Der staatlichen Konfliktlösungsstelle für Landfragen (CONTIERRA) stehen zu wenig personelle und finanzielle Mittel zur Verfügung, der Prozess der Wiederansiedlung der vertriebenen Bevölkerung ist noch nicht abgeschlossen, der indigenen Bevölke-

rung wird das Recht nicht zugestanden, ihr eigenes Verwaltungssystem beizubehalten. Ausserdem hat sich nichts grundsätzlich an der Landverteilung geändert; es sind immer noch einige wenige, die das meiste und beste Land besitzen, während die KleinbäuerInnen unproduktives Land bebauen müssen.

Dieser Ansicht schliesst sich auch die *Nationale Koordination der BäuerInnenorganisationen* (CNOG) an. CONTIERRA verfüge dieses Jahr über ein Budget von 140 Millionen Quetzales (ca. 20 Millionen US-\$) und die Erlaubnis, 40 Fincas zu kaufen. Dies reiche aber bei weitem nicht aus, um die aktuellen Landprobleme zu lösen.

Weiter beklagt die CNOG, dass ihren beiden Vertretern in CONTIERRA die Mitarbeit erschwert werde.

In einer Stellungnahme antwortet der Direktor von CONTIERRA, der ehemalige URNG-Militante Pedro Palma Lau, auf die Vorwürfe: Es stimme nicht, dass seine Institution über ungenügend ausgebildete Leute verfüge und dass deshalb die Arbeit langsam erledigt werde. Es stimme auch nicht, dass der multikulturelle Aspekt nicht berücksichtigt sei, viele der bei CONTIERRA Angestellten seien zweisprachig.

Zum Vorwurf des mangelnden politischen Willens äusserte sich Palma Lau wohlweislich nicht.

## "Zeit, dass die Armee sich mit ihrer Geschichte konfrontiert"

**Guatemala, 2. Juni.** Kate Doyle, die Direktorin des Projekts 'Dokumentation über Guatemala' des *National Security Archive* (NSA) präsentierte eine zweibändige Sammlung mit Geheimdienstinformationen des guatemalteckischen Militärs. Das NSA gehört der Universität George Washington (USA) an und wurde 1995 von engagierten JournalistInnen gegründet. Vor einem Jahr veröffentlichte das NSA zusammen mit drei anderen US-amerikanischen Menschenrechtsorganisationen ein Dossier der guatemalteckischen Armee, in dem die Fälle von 183 GuatemalteckInnen aufgeführt sind, die Anfang der 80er Jahre von der Armee entführt und/oder ermordet worden sind.

Das nun vorliegende Dokument enthält bisher geheimgehaltene Informationen über die militärischen Strukturen während des bewaffneten Konflikts. Ebenso enthält es Informationen über die US-amerikanische Beteiligung an den Aktionen gegen die guatemalteckische Bevölkerung.

Während der Präsentation des Dokumentes in Guatemala (die übrigens wegen einer Bombendrohung in einem anderen Hotel als vorgesehen abgehalten werden musste), erklärte Kate Doyle die Gründe, die sie zu dieser Arbeit bewegt hatten.

Zum einen habe das NSA etwas zur Arbeit der guatemalteckischen Wahrheitskommission (CEH) beitragen wollen. Viele der für die Arbeit der CEH wichtigen Informationen seien in den Archiven des US-amerikanischen Geheimdienstes zu finden gewesen.

Weiter ginge es ihr darum, dass aufgrund der nun vorliegenden Daten die Verantwortlichen zur Rechenschaft ge-

zogen werden könnten. Ausserdem habe die Bevölkerung Guatemalas ein Recht darauf, genau über ihre Regierungen und die geheimen und mächtigen Kräfte darin informiert zu sein.

Ebenso wichtig war es für Doyle, innerhalb der Vereinigten Staaten über die US-amerikanische Aussenpolitik und die Beteiligung ihres Landes an den Greuelthaten in Guatemala zu informieren.

Mit der Veröffentlichung dieser Daten gehe es ihr überhaupt nicht darum, die Situation in Guatemala zu destabilisieren, sondern sie wolle einen Beitrag zur jüngsten Geschichtsbewältigung dieses Landes leisten.

Das Dossier enthält Informationen über geplante Staatsstreich, über Konkurrenzkämpfe innerhalb der Militärführung, über von Politikern veranlasste Terroraktionen'. Rund 10'000 Geheimdienst-dokumente liefern das Material zu dieser Sammlung. Der erste Band enthält die Namen von 232 Militärs, die im Laufe ihrer Karriere mit dem guatemalteckischen Geheimdienst zu tun hatten sowie Angaben über ihre militärische Karriere. Der zweite Band enthält Telefonaufzeichnungen, Briefe und Dokumente, die über die Rolle der Regierung der Vereinigten Staaten im guatemalteckischen Konflikt Aufschluss geben. Weiter enthält er 48 Dokumente, die über militärische Machenschaften zwischen 1966 und 1994 Aufschluss geben.

Die Reaktionen auf die Veröffentlichung der zweibändigen Dokumentation fielen erwartungsgemäss sehr unterschiedlich aus:

Thierry de la Rue (Minugua): "Diese Dokumente bringen nichts Neues, ausser dass sie die Namen der Verantwortlichen enthalten. Ihr Wert liegt dar-

in, dass sie als Beweismaterial in Prozessen verwendet werden können, vorausgesetzt, die Justiz erkennt ihren Wahrheitsgehalt an."

Eddy Armas (Versammlung der Zivilgesellschaft, ASC): "Die Veröffentlichung dieser Informationen wird politische Konsequenzen nach sich ziehen. Ausserdem sind sie der Beweis dafür, dass der Völkermord eine staatlich geplante Strategie war."

Hellen Mack (Menschenrechtsaktivistin): "Nach der Veröffentlichung dieser Daten kann das Militär seine Beteiligung an den Massakern nicht mehr leugnen".

Mauricio López Baudillo (Ex-Oberst): "Die Dokumente zeigen die Position des Militärs im bewaffneten Konflikt auf und dienen als gutes Grundlagenmaterial für jemanden, der die Situationen studiert, mit denen sich das Militär konfrontiert sah. Ich glaube nicht, dass sie als Beweismaterial in Prozessen beigezogen werden können, da ihre genaue Herkunft nicht bekannt ist".

Otto Pérez Molina (Ex-General): "Ich bin sicher, dass diese Dokumente nicht die Wahrheit beinhalten. Sie sind von Leuten zusammengestellt worden, die einen US-amerikanischen Blickwinkel haben. Man muss objektiv sein und denjenigen glauben, die wirklich glaubwürdig sind".

Kopien der Informationssammlung wurden von Kate Doyle verschiedenen Dokumentations- und Informationszentren überreicht, damit das Militär selber, JournalistInnen, AkademikerInnen und die Öffentlichkeit Zugang zu den Informationen haben. Die Informationen sind auch im Internet abzurufen unter:

[www.gwu.edu/~nsarchiv](http://www.gwu.edu/~nsarchiv).

## Europaparlament fordert Sanktionierung der Völkermörder

**Strassbourg, 23. Mai.** In einer Resolution fordert das Europaparlament den guatemalteken Präsidenten, Alfonso Portillo, auf, Untersuchungen gegen die Verantwortlichen der Menschenrechtsverletzungen während des bewaffneten Konflikts einzuleiten. Die fünfzehn Länder, die das Europaparlament bilden, offerieren Guatemala ihre Hilfe beim Schutz der ZeugInnen, AnwältInnen und MenschenrechtsaktivistInnen, die mit ihren Aussagen an den Verhandlungen teilnehmen.

Das Dokument betont die Wichtigkeit, die Straflosigkeit zu beenden, speziell in Fällen, die einen politischen Hintergrund haben, wie z. B. das Massaker von Xamán oder die Ermordung des Erzbischofs Juan Gerardi. Es müssten aber nicht nur die Ausführenden bestraft werden, sondern auch die intellektuell Verantwortlichen.

Ríos Montt äusserte sich erfreut über die Resolution des Europaparlaments. Er ging sogar soweit zu sagen, der Vorschlag, die guatemalteke Re-

gierung in dieser Sache zu unterstützen, sei etwas generell gefasst, währenddem im Land selber bereits konkrete Schritte unternommen würden.

Mario Rivera, FRG, meinte, das Europaparlament könne von der guatemalteken Regierung fordern was es wolle. Tatsache sei jedoch, dass es Aufgabe des Obersten Gerichtshofes (CSJ) sei, gegen die des Völkermordes Beschuldigten vorzugehen. Die Legislative könne in dieser Sache überhaupt nichts unternemen...

## Todesstrafe: Der Präsident hat(te) das letzte Wort

**Guatemala, 1. Juni.** Bereits während des Wahlkampfes und kurz nachdem er zum Präsidenten ernannt wurde, gab Alfonso Portillo bekannt, er werde auf das Privileg des Präsidenten verzichten, zum Tode verurteilte Häftlinge zu begnadigen.

Mitte Mai nun hat die FRG im Alleingang ein Gesetz im Kongress angenommen, das dem Präsidenten das Begnadigungsrecht abspricht. Abgeordnete der *Partei des Nationalen Fortschritts* (PAN) und der *Allianz Neue Nation* (ANN) sprachen sich dagegen

aus mit der Begründung, es entstehe eine Gesetzeslücke. Ausserdem widerspreche die Entziehung des Begnadigungsrechts dem Pakt von San José, den Guatemala mitunterzeichnet hat und in dem es heisst, "jede zum Tode verurteilte Person soll die Chance auf Begnadigung haben".

Portillo, obwohl er sich immer dagegen ausgesprochen hatte, wollte nun doch noch seine Chance wahrnehmen, bevor es zu spät ist und das neue Gesetz in Kraft tritt: Am 1. Juni begnadigte er in einem von drei vorliegenden Fällen

den zum Tode Verurteilten.

Im Falle des Vergewaltigers eines zehnjährigen Mädchens und der Entführer und Mörder von Isabel de Botrán erachtete er das Todesurteil als gerecht.

Den ebenfalls zum Tode verurteilten Pedro Rax Cucul hingegen, der seine Ehefrau umgebracht hat, begnadigte er mit der Begründung, der Angeklagte spreche kein Spanisch und habe während des Prozesses keine Übersetzung erhalten. Es gäbe aber auch andere Gründe, u.a. dass der Angeklagte unter psychischen Störungen leide.

## Aufrüsten gegen die Kriminalität

**Guatemala, 8. Juni.** Bei Stimmenthaltung der *Allianz Neue Nation* (ANN) wurde im Kongress ein Gesetz verabschiedet, das dem Militär erlaubt, die *Nationale Zivilpolizei* (PNC) bei der Bekämpfung von Kriminalität und Verbrechen zu unterstützen. Die Initiative wurde vom FRG-Abgeordneten Byron Barrientos eingereicht und tritt sofort in Kraft.

Das neue Gesetz ist zeitlich begrenzt (obwohl kein genauer Zeitrahmen bestimmt wurde) und damit begründet, dass es trotz aller Bestrebungen, eine Kultur des Friedens aufzubauen, antisoziale Elemente gäbe, die das Land destabilisieren wollen. Insgesamt werden rund 10'000 Soldaten die Polizei in ihrer Arbeit unterstützen. Das Gesetz stützt sich auf die Verfassung, widerspricht jedoch den Friedensabkommen, wo es heisst, die Aufgabe des Militärs bestehe einzig darin, das Land gegen aussen zu verteidigen.

Dem ANN-Abgeordneten Otoniel Fernández ist es wichtig, dass Präsident Portillo zuerst einen umfassenden Sicherheitsplan präsentiert, bevor über einzelne Initiativen abgestimmt wird. Um der Gewaltwelle zu begegnen, die im

Moment herrsche, brauche es mehr als die temporäre Unterstützung der Polizei durch das Militär, meinte Fernández.

Rosalina Tuyuc, ehemalige Kogressabgeordnete der *Demokratischen Front Neues Guatemala* (FDNG) und Vertreterin der *Witwenorganisation* (CONAVIGUA), hat nicht sehr viel Vertrauen in die erneute Strassenpräsenz des Militärs. Sie befürchtet im Gegenteil, dass dies zu einer Militarisierung und erhöhtem zu Gewaltpotential führen kann.

Die sogenannte Gewaltwelle, die das Land 'überflutet' (gemeint sind damit Banküberfälle, Entführungen, Morde), motivierte Präsident Portillo ausserdem, ein Regierungsdekret zu unterschreiben, das die Gründung einer *Spezialeinheit gegen Entführungen* zum Ziel hat. Die Spezialeinheit untersteht dem Innenministerium, ist aber Teil der PNC. Sie soll vorläufig aus 40 Personen zusammengestellt werden, wobei die Hälfte davon bereits der heutigen polizeilichen Spezialeinheit FEP angehört.

Längerfristig ist geplant, eine Truppe von 140 Personen zur Verfügung zu haben. Die Angehörigen der neuen Spe-

zialeinheit sollen anonym bleiben und ihre Namen während zehn Jahren nicht veröffentlicht werden.

Weiter plant Portillo, einen Nationalen Sicherheitsrat zu bilden. Ihm sollen VertreterInnen des Innenministeriums, des Verteidigungsministeriums, des Sekretariats für strategische Analysen sowie der Präsident selber angehören.

Bekräftigt wurden die Vorstösse des Kongresses und des Präsidenten durch die in diesen Tagen stattgefundene Entführung von Isabel Botrán de Molina, Nichte der 1976 entführten und ermordeten Isabel Bonifasi de Botrán. Sie wurde jedoch nach wenigen Stunden wieder freigelassen.

Um die ganze Aufrüstung gegen die Kriminalität zu rechtfertigen, wurden Statistiken beigezogen, die, vergleicht man sie mit den Vorjahren, relativ nichtsagend sind: In den ersten sechs Monaten dieses Jahres haben bereits sechzehn Entführungen stattgefunden, mehr als im ganzen letzten Jahr zusammen (dreizehn). Verglichen mit den Jahren 1996 und 1997 ist das jedoch nicht viel: 1996 gab es 420 Entführungen und 1997 gab es 170 Entführungen.

## Neuer Anlauf für Verfassungsreformen

**Guatemala, 13. Juni.** Obwohl vor gut einem

Jahr die guatemaltekische Bevölkerung bei der *Consulta Popular* die Verfassungsänderungen abgelehnt hat, die nötig gewesen wären, um gewisse Friedensabkommen rechtsgültig zu machen, ist das Thema erneut aktuell. Dabei geht es jedoch nicht um wichtige Themen wie zum Beispiel die Rechte der indigenen Bevölkerung oder die Rolle des Militärs in einer demokratischen Gesellschaft, wie das vor einem Jahr der Fall war. Zur Diskussion steht heute die Reform einiger weniger, für die jetzigen Machthaber sehr vorteilhafter Verfassungsartikel.

So z.B. Artikel 186, der dahingehend geändert werden soll, dass durch einen Staatsstreich an die Macht gekommene Ex-Präsidenten (Ríos Montt oder Vinicio Cerezo) die Möglichkeit haben, erneut für die Präsidentschaft zu kandidieren.

Weiter sollen gewisse Privilegien des Präsidenten abgeschafft werden, z.B. das Privileg, jemandem Steuererlass zu gewähren oder zum Tode Verurteilte zu begnadigen. (Die Abschaffung dieses Privilegs durch Kongressbeschluss widerspricht momentan der Verfassung).

Auch der Verfassungsartikel, der festlegt, dass der Verteidigungsminister den militärischen Rang eines Obersten oder Generals innehaben muss, soll angepasst werden, damit es in Zukunft möglich ist, eine Zivilperson zum Verteidigungsminister zu ernennen.

Die Verfassung sieht zwei Möglichkeiten für Verfassungsänderungen vor: Bei der ersten verabschiedet der Kongress die Reformvorschläge und legt sich dem Volk zur Annahme vor, wie das letztes Jahr versucht wurde, jedoch kläglich scheiterte.

Die zweite Möglichkeit ist die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung (*Asamblea Nacional Constituyente*). Um auf diesem Weg eine Verfassungsänderung zu erwirken, braucht es eine Zweidrittelmehrheit - im Fall des guatemaltekischen Kongresses sind das 75 Stimmen. Und auch wenn die FRG im Kongress in der Übermacht ist, zählt sie nicht mit so vielen Stimmen.

Trotzdem schlägt Kongresspräsident Ríos Montt, Urheber der neu entfachten Diskussion um die Verfassungsreformen, die Einberufung einer Verfassungsgebenden Nationalversammlung vor. Ein Vorschlag, der eigentlich bei niemandem auf grosse Begeisterung stösst. Selbst Präsident Portillo, der anfänglich den Vorschlag der Verfassungsänderun-

gen selber machte, äusserte sich inzwischen eher zurückhaltend. Portillo teilt zwar die Meinung, dass gewisse Artikel der aktuellen Verfassung überholungsbedürftig sind, ist jedoch nicht ganz sicher, ob dies der geeignete Moment dafür ist. Er habe Verfassungsreformen vorgeschlagen, um zu beweisen, dass die Unantastbarkeit der Verfassung der Vergangenheit angehöre.

Die FRG wird auch nicht mit der Unterstützung der anderen Kongressparteien rechnen können. Die ANN entschied sich, die Verfassungsreformen nicht zu unterstützen. Das Land habe im Moment wichtigere Probleme zu lösen

als eine Verfassungsreform, z. B. das Problem der Armut und der Sicherheit, erklärte Otoniel Fernández.

Auch die PAN und deren Abspaltung, die Unionisten, sprachen sich gegen die Unterstützung der Verfassungsreformen aus. Clodomiro de Leon (PAN) mahnte, man müsse den Willen des Volkes respektieren, das im letzten Jahr klar gegen die Verfassungsreformen gestimmt habe.

Ob damit das Thema vom Tisch ist, oder ob es der FRG gelingt, die eine oder andere Partei noch auf ihre Seite zu ziehen, wird sich in den nächsten Wochen zeigen.

## Menschenrechtsorganisationen besorgt über Klima der Gewalt

**Guatemala, 25. Mai.** An einer gemeinsamen Pressekonferenz äusserten sich die Friedensnobelpreisträgerin Rigoberta Menchú und verschiedene Menschenrechtsorganisationen beunruhigt über das im Lande herrschende Klima der Unsicherheit, das ihrer Meinung nach von einem bestimmten Machtsektor provoziert werde.

Rigoberta Menchú bezeichnete die Lage in Guatemala als 'Situation des Terrors'. Auch sie selber sei in den letzten Monaten wiederholt telefonisch bedroht worden. Sie ist sicher, dass Präsident Portillo und Kongresspräsident Ríos Montt etwas mit diesen Drohungen zu tun haben und bezeichnet sie als Teil einer globalen Politik.

An der Pressekonferenz wurde über weitere Vorfälle gegen Menschenrechtsorganisationen berichtet: In Chimaltenango wurde ein Mitarbeiter der *Fundación Rigoberta Menchú* angegriffen und lebensgefährlich verletzt. Weitere Mitglieder der Stiftung erhielten Drohun-

gen, ebenso Miguel Angel Albizures von der Allianz gegen Straflosigkeit, Rosario Pú vom CUC, Rosalina Tuyuc von CONAVIGUA und Frank La Rue vom Menschenrechtszentrum CALDH.

Wie bereits einige Wochen zuvor beim *Zentrum für Studien, Informationen und Grundlagen für die Soziale Aktion* (CEIBAS), drangen Ende Mai Unbekannte in die Räumlichkeiten von CALDH ein und entwendeten drei Computer. Die Computer enthielten Informationen über Fälle von Landstreitigkeiten und Gewerkschaftskämpfen, die CALDH begleitet sowie die Daten einer Untersuchung über Menschenrechtsverletzungen.

Wenige Tage später wurde auch im Haus von CONAVIGUA versucht einzubrechen. Die dort wohnenden Frauen wachten jedoch auf und konnten den Einbrecher in die Flucht schlagen. Bereits im Juni wurde in ihr Haus in Santa Cruz del Quiche eingebrochen und Material entwendet.

## Buchtip für die Sommerferien

**Francisco Goldman: Das gestohlene Leben der Flor de Mayo**, erschienen im List Verlag.

Es ist die Geschichte eines guatemaltekischen Mädchens, das von einer guatemaltekisch-jüdischen Familie in die USA adoptiert wird. Es ist die Geschichte der Liebe zwischen Flor de Mayo und ihrem Adoptivbruder. Es ist die Geschichte über Kinderhandel. Es ist die Geschichte über die Verfolgung kritischer JournalistInnen. Es ist die Geschichte über noch viel mehr. Es ist die Geschichte über Guatemala. Es ist eine Geschich-

te, die hätte passieren können oder vielleicht passiert ist. Und so trivial das klingen mag und so trivial das Buch manchmal zu sein scheint, es hat eine wahn-sinnige Dichte und Geschwindigkeit, die eineN nie zu lesen aufhören lassen.

Ich hab selten ein Buch gelesen, das so gut wie dieses die bedrückten und ausgelassenen Stimmungen der Menschen in Guatemala eingefangen hat und obwohl das Buch aus dem Englischen übersetzt ist, habe ich beim Lesen immer die *chapines* sprechen gehört, so, wie sie halt sprechen, *fijáte!*